

Ja zu Frontex-Schengen

Argumentarium der FDP.Die Liberalen

1. Übernahme und Umsetzung der Frontex-Weiterentwicklung – worum geht es?

Die Schweiz trägt als Teil des Schengen-Raums auch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, genannt Frontex, mit. Angesichts des Drucks auf Europas Grenzen (z.B. Grenze von Polen zu Weissrussland), muss die Unterstützung finanziell, personell und materiell verstärkt werden. Als assoziierter Staat soll die Schweiz Frontex proportional zu ihrer Grösse mittragen. Bis 2027 sind folgende Projekte geplant:

- Die Bereitstellung von 39 der insgesamt 10'000 Beamten.
- Die schrittweise Erhöhung des jährlichen Budgetbeitrags auf 61 Mio. CHF im Jahr 2027 (Beitrag proportional zum BIP der Schweiz, im Vergleich zu den anderen Ländern, was etwa 4,6% des gesamten Frontex-Budgets entspricht).

Die Schweiz muss diese Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands übernehmen. Frontex wird auf der Grundlage der Schengen- /Dublin-Abkommen¹ umgesetzt. Die Beteiligung der Schweiz an Frontex garantiert ihre Mitgliedschaft in diesen Abkommen. Falls die Schweiz diese Weiterentwicklung nicht übernimmt, tritt das Abkommen zu Schengen ausser Kraft. Ausser ein Gemischter Ausschuss entscheidet innerhalb von 90 Tagen etwas anderes. In diesem Ausschuss sind die Schweiz, die EU-Kommission und alle Mitgliedstaaten der EU vertreten. Der Entscheid, die Zusammenarbeit fortzusetzen, müsste einstimmig sein. Kommt der Entscheid nicht zustande, wird Schengen- /Dublin automatisch beendet.

Das Schweizer Volk hat bereits am 5. Juni 2005 die Assoziierung der Schweiz an die Schengen- und Dublin-Kooperationen angenommen. Im Jahr 2019 wurde die Zusammenarbeit mit die Schengen- /Dublin mit dem «Ja» zur Waffenrichtlinie erneut bekräftigt.

Der Bundesrat, das Parlament und die FDP-Liberale Fraktion stimmen der Übernahme der Frontex-Verordnung zu:

- Nationalrat mit 88 Ja-Stimmen zu 80 Nein-Stimmen bei 28 Enthaltungen (FDP einstimmig Ja)
- Ständerat mit 30 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen (FDP einstimmig Ja)

2. Warum Ja zu Frontex-Schengen?

› Europapolitischen Totalschaden abwenden

Die Schweiz, ein Land in der Mitte Europas und des Schengen-Raums, mit seiner offenen Wirtschaft ist auf die Bewegungsfreiheit und die guten Beziehungen zu ihren Nachbarländern angewiesen.

- **Beziehungen zu Europa nicht gefährden:** Mit dem Nichtzustandekommen des institutionellen Rahmenabkommens haben die Beziehungen zur Europäischen Union stark gelitten. So sind die Auswirkungen für den Forschungs- und Innovationsstandort unseres Landes bereits jetzt zu spüren. Ein solcher Isolationismus bringt der Schweiz nur Nachteile. Die FDP setzte sich als einzige Partei immer und ohne Wenn und Aber für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU ein. Darum wurde der [3-Säulen Aktionsplan](#) verabschiedet, um den künftigen Weg der Schweiz mit Europa zu zeichnen. Schengen ist dabei ein integraler Bestandteil.

¹ Hintergrundinformationen zu Schengen/Dublin:

https://www.eda.admin.ch/dam/europa/de/documents/folien/Folien-Schengen-Dublin_de.pdf

- **Grenzkontrollen:** Bei einem Ausschluss aus Schengen würde die Schweiz gegenüber den anderen Schengener Mitgliedstaaten zu einer Aussengrenze. Sie müsste ihre Grenzen wieder allein durch Kontrollen sichern. Dies führt unter anderem zu Staus am Zoll und laut Experten zu jährlichen Kosten von bis zu 3,2 Milliarden Franken².
- **Reisefreiheit:** Wir haben uns daran gewöhnt, frei und ohne grossen administrativen Aufwand zu reisen. Ohne Schengen müssten wir und unsere Nachbarn wieder systematischen Grenzkontrollen durchführen. Das bedeutet: Anstehen und warten, statt spontane Reisen und offene Grenzen. Um sich im Schengen-Raum aber frei bewegen zu können, braucht es aber auch einen funktionierenden Schutz der Aussengrenzen.
- **Tourismus:** Für Personen, die beispielsweise aus Japan oder den USA Europa grenzüberschreitend besuchen möchten, wurde ausserdem das Schengen-Visum geschaffen. Ohne Schengen droht damit auch der Tourismusbranche ein Verlust einer halben Milliarde Franken pro Jahr³.

› JA zu mehr Sicherheit

Die europäische Polizeizusammenarbeit und der Zugang zu ihrem Sicherheitssystem sind ein wichtiger Bestandteil des Schengen-Abkommens. Für die Polizei ist das Schengener Informationssystem (SIS) ein zentrales Fahndungsinstrument: Jeden Tag erhalten unsere Beamten zwischen 30 und 35 Meldungen über potenziell gefährliche Personen. Beispielsweise verhindert der Zugriff auf die europäische Verbrecherdatenbank, dass die Aufenthaltsbewilligung eines international gesuchten Kriminellen in der Schweiz verlängert wird. Wenn einer Person die Einreise in die Schweiz verweigert wird, gilt dieser Entscheid automatisch für alle Länder des Schengenraums und umgekehrt. So wird die Einreise und der Aufenthalt von gefährlichen Personen bereits ausserhalb der Schweiz verunmöglicht. Der Zugang zum Schengener Informationssystem erhöht unsere innere Sicherheit.

› Ja zur internationalen Zusammenarbeit im Asylwesen

Das Dublin-Abkommen regelt die gesamte europäische Asylpolitik. Der Krieg in der Ukraine zeigt: Die schnelle, koordinierte und vor allem unbürokratische Hilfe für ukrainische Flüchtlinge war nur dank dem Dublin Abkommen möglich. Die Schweiz erhält durch die Teilnahme am Dublin-System ein Mitsprache- und Kooperationsrecht in der europäischen Migrationspolitik. Gemäss dem Dublin-Abkommen können Asylsuchende zudem ihren Antrag nicht gleichzeitig in mehreren Ländern des Schengenraums stellen. Wird der Asylantrag in einem Mitgliedsland abgelehnt, gilt dies auch für jedes andere Land. Mit dem Austritt aus dem Dublin-Abkommen, könnten in der EU abgelehnte Asylbewerber einen zusätzlichen Antrag in der Schweiz stellen. Die Auswirkung kann momentan im Vereinigten Königreich beobachtet werden: Trotz der strengeren Einwanderungsregeln nach dem Brexit und dem anschliessenden Austritt aus dem Dublin-Abkommen hat das Vereinigte Königreich fast doppelt so viele Asylanträge als im Vorjahr. Die Zusammenarbeit mit Europa im Asylbereich ist effektiv und verhindert den Asyltourismus⁴.

3. Fazit

Die FDP.Die Liberalen stimmt Frontex-Schengen zu, weil...

- › ...wir uns keinen europapolitischen Totalschaden leisten können.
- › ...das Schengener Informationssystem für die Innere Sicherheit erheblich verbessert.
- › ...die Zusammenarbeit im Asylbereich notwendig ist.

² Link zur Ecoplan-Studie: https://www.ecoplan.ch/download/vasa_sb_de.pdf

³ Ibid.

⁴ Allein in den Nachbarländern der Schweiz werden jährlich 145'000 Anträge abgelehnt. Wenn nur 10% dieser Asylsuchenden anschliessend in der Schweiz einen Asylantrag stellen, d.h. etwa 14'500 Anträge, werden die jährlichen Zusatzkosten auf eine Milliarde geschätzt.